

**JU**

JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

# **JUGEND IN NRW**

## **Chancen nutzen – Perspektiven entwickeln**

**Beschluss des Leitantrages des 41. NRW-Tages  
am 30. und 31. August 2008 in Paderborn**



## **Inhaltsverzeichnis**

Einleitung.....	2
A. Junge Familien in NRW stärken.....	4
1. Ausbau der Familienzentren.....	5
2. Förderung von Mütternetzwerken.....	6
3. Qualitätsmanagement für Kindertagesstätten.....	7
4. Verpflichtender Kindertagesstättenbesuch im Vorjahr der Schulpflicht.....	7
5. Reform der Erzieherausbildung.....	7
B. Schule und Bildung in NRW.....	8
1. Bildung schafft Zukunft - Reformen konsequent fortsetzen.....	8
2. Individuelle Förderung - Schlüssel zum Erfolg.....	8
3. Strukturdebatte beenden - Klares Nein zur Einheitsschule.....	9
4. Privatschulen nicht benachteiligen.....	10
5. Hauptschule im Wandel - Praxisnähe und Ganztagsunterricht.....	10
6. Ganztags auch für Grundschule, Realschule und Gymnasium.....	11
7. Schulangebote im ländlichen Raum.....	12
8. Gute Bildung braucht gute Lehrer.....	12
9. Sozialpädagogen und Schulpsychologen flächendeckend einstellen.....	13
10. Transparenz in der Qualitätssicherung – Wettbewerb stärken.....	14
11. Kooperation von Wirtschaft und schulen stärken.....	14
12. Doppelter Abiturjahrgang 2013 – Chancen gewährleisten.....	15
13. Jugendverbände fördern.....	15
14. Auslandsaufenthalte während der Schulzeit.....	16
C. Berufsausbildung und Arbeitsmarkt in NRW.....	16
1. Ausbildung nach Bildungsniveaus differenzieren.....	17
2. Arbeitsmarktintegration fordert beides: Gutes Allgemein- und Fachwissen.....	17
3. Mobilität und Flexibilität fordern und fördern.....	18
4. Nein zur Ausbildungsplatzabgabe – Ja zur dualen Berufsausbildung.....	18
5. Duale Ausbildung international anerkennen.....	19
6. Auslandsaufenthalte ermöglichen.....	19
7. Kleine und mittelständische Unternehmen.....	20
8. Institutionelle Neugestaltung der beruflichen Weiterbildung.....	20
9. Arbeitsmarktintegration setzt Flexibilität voraus.....	21
10. Arbeitsmarktintegration fordert lebenslanges Lernen.....	22
11. Fachkräftemangel.....	22
D. NRW - Zuwanderung und Integration.....	23
1. Integration als Voraussetzung - Integration als Chance.....	23
2. Migration und Demographie.....	24
3. Arbeitsmarktintegration von Ausländern.....	25

## **Autoren**

Christophe Darley, Alexander Felsch, Christian Hermelingmeier, Stephan Krebs, Nathanael Liminski, Kristin Peitz und Paul Ziemiak

## **Einleitung**

Das 21. Jahrhundert stellt uns als junge Generation vor viele schwierige aber auch spannende Aufgaben und Herausforderungen. Hier einen gesellschaftlichen und politischen Rahmen engagiert, zielorientiert und frei von ideologischem Ballast zu definieren, ist die wichtigste Aufgabe einer politischen Jugendorganisation. Die Junge Union NRW hat dies erkannt und ist gewillt die Chancen der Zukunft aktiv mitzugestalten.

NRW als wirtschaftliche Herzkammer Deutschlands ist dabei mit seiner speziellen industriellen Geschichte aber auch den starken Unterschieden zwischen städtischen Ballungsgebieten und dem ländlichen Raum besonders gefordert.

Nach den Vernachlässigungen von fast 40 Jahren SPD geführter Landespolitik haben wir in vielen Bereichen enormen Nachholbedarf. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU im Jahr 2005 ist bereits Vieles getan worden. Es gilt auch weiterhin in NRW das Tempo von Reformen und Veränderungen hoch zu halten, um national wie international zur Spitzengruppe weiter aufzuschließen.

Der demographische Wandel macht nicht vor Landesgrenzen halt, dennoch ist NRW als bevölkerungsreichstes Bundesland in besonderem Maße betroffen. Auch hier muss es Ziel der Jungen Union sein, moderne und traditionelle Konzepte in Einklang zu bringen, ohne dabei tradierte Werte zu verleugnen und bewährte Strukturen zu zerschlagen.

Wissen und Forschung sind als unsere wertvollsten Rohstoffe unabdingbare Grundlagen für innovative und hochtechnologische Produkte und Dienstleistungen. Zugleich hat unser Know-how der Bevölkerung einen hohen Lebensstandard gesichert und unsere Volkswirtschaft zu einer der wettbewerbsfähigsten weltweit gemacht. Der Grundstein für das Wissen einer Nation wird aber künftig noch stärker in jedem einzelnen Kind gelegt.

Gerade angesichts der demographischen Situation Deutschlands und damit auch Nordrhein-Westfalens können wir es uns nicht leisten auch nur ein Kind in der Entwicklung seiner Fähigkeiten zurückzulassen. Daher steht die Junge Union auch weiterhin für eine individuell an das Kind angepasste, seinen Fähigkeiten entsprechende, hochwertige

Bildungspolitik, die jedem Kind die Chancen bietet, seine Potentiale in die Gesellschaft einzubringen.

Neben der Bildung muss sich aber auch das gesellschaftliche Klima für Kinder wieder verbessern, damit NRW, aber auch Deutschland wieder kinderfreundlicher werden. Entwicklungsstufen, bei denen die Politik Antworten für werdende und kommende Elterngenerationen finden muss, reichen von der frühkindlichen Erziehung, über die entscheidenden Bildungsstationen der Schule und Ausbildung von jungen Menschen, bis hin zu ihrer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt.

Auch Migration und Integration von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen müssen unter dem Aspekt von Aus- und Weiterbildung angemessen berücksichtigt werden. Dies ist in keinem Bundesland so wichtig wie in NRW. Bisher sind Bevölkerungsschichten mit einem Migrationshintergrund im Durchschnitt jünger, kinderreicher aber leider auch geringer qualifiziert, weshalb ihnen oftmals der Zugang zu qualifizierter Beschäftigung verwehrt bleibt. Auch an der Frage gelungener Integration entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Nordrhein-Westfalen steht weiterhin vor großen strukturellen, integrativen sowie bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Veränderungen. Diese Veränderungen gilt es unsererseits politisch zu begleiten. Vom Bekenntnis zur Familie als Fundament unserer Gesellschaft, über ein differenziertes Schulsystem, das die Individualität der Schüler in den Mittelpunkt stellt, über einen modernen Bildungs- und Arbeitsmarkt, der auch den Anforderungen von morgen gewachsen ist, bis hin zum Bekenntnis zur Integration von Menschen aus anderen Ländern, als Wechselspiel zwischen fördern und fordern tritt die Junge Union NRW für das Begreifen von Chancen ein, die es zu nutzen gilt.

Nur wenn uns die engagierte und zielgerichtete Bewältigung dieser Veränderungen gelingt, sind wir in der Lage die Zukunft erfolgreich zu gestalten. Nur so bleibt Nordrhein-Westfalen auch weiterhin das Land der neuen Chancen.

## **A. Junge Familien in NRW stärken**

Nicht nur in NRW, sondern innerhalb der gesamten Europäischen Union leben statistisch gesehen nur noch in jedem zweiten Haushalt Kinder. In allen EU-Staaten geht die Entwicklung in Richtung eines höheren Anteils kinderloser Haushalte.

Die Prognosen der Altersstruktur in Europa sehen eine stetige Steigerung vor. So soll das Durchschnittsalter der EU-Bürger von 39 Jahren (2004) bis 2050 auf ca. 49 Jahre ansteigen. So sehr wir es begrüßen, dass die Menschen immer älter werden, so sehr zeigen diese Zahlen aber auch, wie wichtig es ist, Impulse zu setzen, damit sich wieder mehr Familien für Kinder entscheiden.

Obwohl die Geburtenrate insgesamt abnimmt, ist es aber eine Tatsache, dass Kinderwünsche häufig nicht verwirklicht werden. Die Existenz eines Kindes ist heutzutage oftmals mit einer rein rationalen Abwägung aller Kosten- und Nutzenaspekte verbunden. Insbesondere sind hierbei alle direkten und indirekten Kosten der potenziellen Familien zu beachten. Aufgrund des steigenden Bildungsgrades, der damit verbundenen Ausbildungsdauer, der Unvereinbarkeit von Karriere und Familienwunsch bei Frauen sowie durch eine stetig steigende Sorge vor einer nicht ausreichenden finanziellen Basis, verschiebt sich die Familiengründung im Vergleich zu den vorhergehenden Generationen auf spätere Lebensjahre oder verschwindet wegen sinkender Zahl von Eheschließungen und anderer dauerhafter Beziehungen.

Es müssen bestmögliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit auch die Differenz zwischen tatsächlicher Kinderzahl (europäischer Durchschnitt 1,5) und angestrebtem Kinderwunsch (2,3) gesenkt wird. Die Rahmenbedingungen sind Aufgabe des Gemeinwesens.

Von der Zukunft der Familie und der weiteren Bevölkerungsentwicklung hängen auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven in NRW ab. Die Produktion von Waren und das Erbringen von Dienstleistungen bedarf qualifizierter Arbeitnehmer genau so wie konsumfreudiger Verbraucher. Der Grundstein späterer Bildung und Qualifizierung junger

Menschen wird in der Familie gelegt. NRW ist als innovative Wachstumsregion in Zukunft noch stärker auf diese Leistung innerhalb der Familien angewiesen.

Auf EU-Ebene, im Bund, in NRW und in vielen Kommunen hat sich die Politik zu dem Ziel einer familienfreundlichen Gesellschaft bekannt. Die jungen Menschen in NRW brauchen Ermutigung und Unterstützung dafür, wieder vermehrt neue Familien zu gründen. Die Junge Union NRW sieht in der Umwandlung des Ehegattensplittings hin zu einem Familiensplitting, bei dem das Netto-Einkommen der Eltern auch durch Anrechnung der unterhaltsberechtigten Kinder eine steuerliche Verbesserung erfährt, ein geeignetes Instrument Familien steuerlich zu entlasten. Auch die Auszahlung eines Beauftragungs geldes für Eltern, die ihrer Erziehungsaufgabe selbst nachkommen wollen, anstatt mit dem Elterngeld Lohnersatzleistungen abzufragen, sind geeignete Mittel, jungen Eltern eine Familiengründung finanziell besser zu ermöglichen und auch die eigenen Erziehungsleistungen entsprechend anzuerkennen. Es entspricht nach Ansicht der Jungen Union NRW dem Gedanken der Leistungsgerechtigkeit, den in den Familien geleisteten generativen Beitrag zum Erhalt von Staat und Gesellschaft zu honorieren und zu unterstützen.

Wir treten für ein familienfreundliches NRW ein, in welchem den Familien Schutz gewährt wird und Förderung zukommt, ausgehend von der Überzeugung, dass die Familie als Institution dem Staat vorausgeht. Individuelle Lösungsansätze und Hilfestellungen, welche den regionalen Bedingungen angepasst sind, müssen weiter vorangetrieben und unterstützt werden, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

### *1. Ausbau der Familienzentren*

Den Vorgaben der CDU-geführten Landesregierung folgend, haben die nordrhein-westfälischen Kommunen im Jahr 2006 flächendeckend mit dem Ausbau bestehender Kinderbetreuungseinrichtungen hin zu so genannten Familienzentren begonnen. Der Auftrag dieser Zentren besteht insbesondere in der Bündelung verschiedener Hilfs- und Unterstützungsangebote für Familien in einer Region. Kinder aus sozial schwachen Familien, mit Störungen in ihrer Entwicklung sowie mit Migrationshintergrund und andere Fälle benötigen eine individuelle Förderung. Jedes Kind hat ein Recht auf optimale Bildung

und Betreuung, gerade dann, wenn die Eltern mit ihrer Verantwortung für das Kind überlastet sind. Kinderärzte, Kindertagesstätten, Grundschulen und die Jugendämter müssen daher in einem Netzwerk verbunden sein, so dass Kinder früh die richtige Unterstützung erhalten können. Die Familienzentren sind genau der richtige Ansatz, um all diese Angebote zu vernetzen. Durch die in den Kinderbetreuungseinrichtungen bestehenden Kontakte ist bei Eltern eine erhöhte Bereitschaft zur Annahme der Beratungsangebote, beispielsweise im Umgang mit dem Jugendamt, festzustellen. Wir fordern daher die zuständigen Stellen in Nordrhein–Westfalen auf, den Ausbau der Familienzentren weiterhin engagiert zu unterstützen. Die Einrichtung von Deutschkursen – für Kinder und Eltern – in den Familienzentren ist verstärkt in den Mittelpunkt der Bemühungen zu rücken. Die von der CDU geführten Landesregierung eingeführten Sprachstandserhebungen erachten wir als wichtiges und unerlässliches Mittel zur Feststellung der Deutschkenntnisse von allen Kindern; nur auf der Basis fundierter Kenntnisse der deutschen Sprache kann der Einstieg in die Schullaufbahn gelingen.

## *2. Installation von Mütternetzwerken*

Das Angebot der Familienzentren ist darüber hinaus um Angebote im sozialen Bereich vor allem für Mütter aus sozial schwachen Gruppen zu erweitern.

Um diese Frauen, die häufiger in isolierter häuslicher Umgebung leben, zu erreichen, ist ein Netzwerk aus einer Vielzahl von Hilfsangeboten zu installieren, ohne gleich einen behördlichen Charakter zu vermitteln. Dies könnte unter anderem die enge Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Hebammen beinhalten, sowie das „nachbarschaftliche“ Aufsuchen dieser Familien um so Beratungs- und Hilfsangebote vorzustellen, ohne gleich einen behördlichen Charakter zu vermitteln. Jedoch ist das Erlernen der deutschen Sprache mit der wichtigste Schritt, besonders wenn es um die Integration der gesamten Familie in das gesellschaftliche Leben geht. Hierzu können deutschsprachige Mütterlerngruppen, in denen diese Frauen auch erste Anknüpfungspunkte an das gesellschaftliche Leben in Deutschland erhalten, beitragen.

### *3. Qualitätsmanagement für Kindertagesstätten*

Im Rahmen des Ausbaus der Betreuung von Unterdreijährigen und mit Blick auf einen angestrebten Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze durchgehend bis zur Einschulung, muss das Augenmerk verstärkt auf die Qualität der Tageseinrichtungen gerichtet werden. Hierfür sind verbindliche Standards erforderlich, die in regelmäßigen Abständen von einer Kontrollstelle geprüft werden. Jede Einrichtung soll nach erfolgreicher Prüfung ein Qualitäts-Zertifikat erhalten, welches den Eltern einen ausreichenden Überblick über die Qualität der Betreuung gibt.

### *4. Verpflichtender Kindertagesstättenbesuch im Vorjahr der Schulpflicht*

Für die Chancengerechtigkeit aller Kinder von Beginn ihrer jeweiligen Schullaufbahn an, ist ein verpflichtendes vorschulisches Jahr unabdingbar. Dabei muss die Finanzierung durch Land und Bund gewährleistet sein. So können Gruppenverhalten aber auch darüber hinaus gehendes soziales Verhalten, als auch die sprachliche Entwicklung bis zum Erreichen des schulpflichtigen Alters gefördert, ausgebaut und zumindest auf ein Mindestmaß gebracht werden.

### *5. Reform der Erzieherausbildung*

Mit dem KiBiz erhält die frühkindliche Bildung einen noch höheren Stellenwert in der Vorschulerziehung. Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern ist von Anfang an Bestandteil der Erziehung. Diese Aufgabe muss in die verantwortungsvollen Hände von qualifiziertem und ausreichend geschultem Personal überreicht werden.

Die bisherige Erzieherausbildung deckt diese Ansprüche nur unzureichend ab. Daher muss die Erzieherausbildung den neuen und höheren Anforderungen angepasst werden. Dies kann in Form von Implementierung zusätzlicher Bildungsmodule in die Erzieherausbildung sowie das Angebot qualifizierter Fortbildungsmaßnahmen geschehen. Durch eine stärkere Qualifizierung der Erzieherausbildung und damit einhergehende bessere Verdienstaussichten gewinnt dieser wichtige Beruf insgesamt an Bedeutung.



## **B. Schule und Bildung in NRW**

### *1. Bildung schafft Zukunft - Reformen konsequent fortsetzen*

Eine qualitativ hochwertige Schulbildung ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen. Schule hat dabei die Aufgabe ein breites Wissen zu vermitteln und zum selbstständig denkenden und verantwortlich handelnden Menschen zu erziehen. Schule muss in einer sich schnell wandelnden Zeit den Grundstein für lebenslanges Lernen legen.

Um den Anforderungen gerecht zu werden, braucht NRW ein modernes, dynamisches und vielseitiges Schulsystem. Nur so kann den unterschiedlichen Bedürfnissen und Begabungen der Kinder und Jugendlichen Rechnung getragen werden. Die Weichenstellungen der neuen Landesregierung im Bereich der Kindergärten, Schulen und Hochschulen haben NRW, nach fast 40 Jahren der Vernachlässigung der Bildung, auf den richtigen Weg gebracht. Dies belegt zum Beispiel der "Politik-Check Schule" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und des Instituts der deutschen Wirtschaft (INSM-IW) und bescheinigt NRW eine weit überdurchschnittliche Reform- und Innovationstätigkeit im Schulsystem.

Die Junge Union NRW fordert die Landesregierung auf, die begonnen Reformen konsequent umzusetzen und systematisch weiterzuentwickeln, um ein leistungs- und zukunftsfähiges Bildungsangebot zu schaffen, dass es jedem Kind, Schüler und Studenten ermöglicht, seinen Begabungen entsprechend gefördert und gefordert zu werden.

### *2. Individuelle Förderung - Schlüssel zum Erfolg*

Jeder einzelne Schüler hat unterschiedliche Begabungen und Bedürfnisse, die es individuell zu berücksichtigen gilt. Das gegliederte Schulsystem erkennt diese Tatsache systematisch an und bietet den Rahmen, jeden nach seinen Möglichkeiten zu fördern und zu fordern. Es ist von zentraler Bedeutung, Begabungen und Schwächen frühzeitig zu erkennen, um reagieren zu können.

Mit In-Kraft-Treten des neuen Schulgesetzes zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 ist die individuelle Förderung wieder in den Mittelpunkt der Schulpolitik gerückt worden. Es sieht z.B. Förderpläne vor, damit schwächere, wie auch stärkere Schüler unterstützt werden und ihre Fähigkeiten optimal entwickeln können. Diese Maßnahmen sind zu vertiefen und durch sinnvolle und erfolgreiche Methoden, die mit dem ‚Gütesiegel individuelle Förderung‘ versehen sind, zu ergänzen. Dazu gehören regelmäßige Leistungskonferenzen, kleine Klassen, Förderunterricht in Kleingruppen und darunter auch bei Bedarf Deutschunterricht. Bei der Zielvorgabe der kleinen Klassen spricht sich die JU NRW für eine Begrenzung auf maximal 22 Schüler pro Klasse aus.

Ziel muss es sein, jeden Schüler in die Lage zu versetzen, das Klassenziel erreichen zu können. Das Vermeiden von Sitzenbleiben darf es aber nicht um jeden Preis geben. Gezielte Einzelförderung ist das richtige Mittel zur Senkung der Quote der Nichtversetzungen. Es gilt für Chancengerechtigkeit zu sorgen und die richtigen Leistungsanreize zu setzen, denn es darf nicht derjenige benachteiligt werden, der sich anstrengt. Die Leistungen der Schüler müssen sich in den Noten der Lernfächer widerspiegeln. Sie allein sind allerdings nicht in der Lage, die gesamte Persönlichkeit des einzelnen Schülers abzubilden. Daher stellen die in NRW wieder eingeführten Kopfnoten über das Arbeits- und Sozialverhalten eine wichtige Ergänzung der individuellen Beurteilungsmöglichkeiten dar. Sie bieten insbesondere schwächeren Schülern die notwendigen Anreize sich zu bemühen. Die Junge Union NRW tritt deshalb dafür ein, dass die Kopfnoten an allen Schulen des Landes ernst genommen werden. Insbesondere hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW Tendenzen entgegenzuwirken, dass die Note "gut" als Standardnote vergeben wird und nur bei auffälligen Abweichungen des Schülerverhaltens Modifizierungen in der jeweiligen Bewertung vorgenommen werden.

### *3. Strukturdebatte beenden - Klares Nein zur Einheitsschule*

Eine individuelle Förderung bedarf einer vielfältigen und dynamischen Schullandschaft. Diese ist in NRW vorhanden und muss weiter verbessert und ausgebaut werden. Die Eigenverantwortlichkeit der Schulen, der Wettbewerb um pädagogische Konzepte, die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und mehr Ganztagsangebote bieten hier

Orientierungspunkte. Zur Verbesserung der Durchlässigkeit der Schulformen werden an den Ausgangsschulen sog. „Liftkurse“ eingerichtet, in denen Schülerinnen und Schüler mit entsprechend guten Schulnoten gezielt auf die nächst „höhere“ Schulform vorbereitet werden. Zur Anpassung des Lernstoffes und des Kenntnisstandes der betroffenen Schülerinnen und Schüler beim Wechsel von der Hauptschule zur Realschule bzw. von der Realschule zu einem Gymnasium sind spezielle Fördermaßnahmen über mindestens ein Schulhalbjahr erforderlich. Durch die Einrichtung solcher „Liftkurse“ wird der Wechsel zwischen den Schulformen und damit die Durchlässigkeit von „unten nach oben“ erheblich erleichtert. Die Gleichmacherei der von der SPD geforderten Einheitsschule wird den individuellen Anforderungen der Schüler dagegen nicht gerecht. Sie ist als Konzept von vorgestern abzulehnen. Dies gilt ebenso für die regionale Mittelschule. Diese Sozialromantik führt dazu, dass leistungsstärkere Schüler zu wenig gefordert und leistungsschwächere überfordert werden. Am Ende steht ein niedrigeres Bildungsniveau aller. Unabhängig davon sollte es gerade im ländlichen Raum möglich sein kreative Lösungsansätze wie z.B. Schulverbünde als Reaktion auf die sinkenden Schülerzahlen zu bilden.

#### *4. Privatschulen nicht benachteiligen*

Eine wichtige Bereicherung der Schullandschaft stellen die Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft dar. Die von der Union gesicherte steuerliche Abzugsfähigkeit des Schulgeldes für die Eltern sichert insbesondere bei kleinen Einrichtungen die solide Finanzierung ihrer Aufgaben. Dies unterstützt die Junge Union NRW ausdrücklich.

#### *5. Hauptschule im Wandel - Praxisnähe und Ganztagsunterricht*

Ein alarmierender Zustand ist, dass ein nicht zu unterschätzender Teil eines Jahrgangs die Schulen mit Rechen- und Schreibschwächen oder ganz ohne Abschluss verlässt. In diesem Zusammenhang bilden die Hauptschulen ein zentrales Problemfeld, das besonderer Beachtung bedarf. Die von Seiten des politischen Gegners geforderte Auflösung der Hauptschulen löst keines der vorhandenen Probleme und hilft den betroffenen Schülern nicht weiter. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um jedem Schüler eine ausreichende Grundbildung zu vermitteln. Jeder Jugendliche, der mit einem

Hauptschulabschluss von der Schule abgeht, muss so gut lesen, schreiben und rechnen können, dass er befähigt ist eine Berufsausbildung aufzunehmen. Dazu bedarf es kleinerer Klassen und mehr Mitteln für die Schulsozialarbeit. Die Stärkung der Berufs- und Praxisorientierung, mit Maßnahmen wie einem Praxistag, verbessert die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen und eröffnet ihnen Zukunftsperspektiven. Zudem können so bereits erste Kontakte zu möglichen Ausbildungsunternehmen geknüpft und Netzwerke gebildet oder ausgebaut werden.

Die Junge Union NRW befürwortet als Modell für kleinere Kommunen, die vom Angebot einer lebendigen Schullandschaft abhängig sind, die Verbundschule, die unter ihrem Dach einen Realschulzweig und einen Hauptschulzweig verbindet. Diese Zweige sollen dabei sowohl an einem gemeinsamen als auch an zwei unterschiedlichen Standorten eingerichtet oder fortgeführt werden können. Dadurch werden die Durchlässigkeit zwischen Haupt- und Realschule verbessert und Schulstandorte im ländlichen Raum gestärkt.

Die bereits begonnene Umwandlung von Hauptschulen in Ganztagschulen stellt einen weiteren Schritt in Richtung Qualitätsentwicklung und Chancengerechtigkeit dar. Daher begrüßt die Junge Union NRW auch die Ausweitung der Umwandlung um jährlich 108 Gymnasien und Realschulen und den bedarfsgerechten Ausbau der (Übermittags)-Betreuung an Halbtagschulen mit Gesamtinvestitionen von 175 Millionen Euro. Für eine sinnvolle Gestaltung des Ganztags sind Perspektiven bei der Personalplanung und eine angemessene räumliche und sächliche Ausstattung unverzichtbar. Dies muss nachhaltig sicher gestellt werden und darf nicht auf die Schulträger abgewälzt werden. Eine Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und Mitarbeitern ist begrüßenswert. Diese neu geschaffenen Qualitätsmerkmale der Hauptschulen müssen nach außen publiziert werden, um das Image des Schultyps auf das verdiente Niveau zu heben.

#### *6. Ganztag auch für Grundschule, Realschule und Gymnasium*

Nachdem unter Rot/Grün lediglich an Gesamtschulen Ganztagsangebote eingeführt worden sind, hat die CDU-geführte Landesregierung in einem ersten Schritt Ganztagsangebote an Haupt- und Förderschulen sowie in einem zweiten Schritt an Realschulen und Gymnasien eingeführt. Der nächste Schritt ist nun die Einführung des

echten Ganztags an Grundschulen. Zielmarke sollte sein, die eine Hälfte der Grundschulen als Halbtagschulen, die andere Hälfte als Ganztagschulen zu führen. Die Junge Union NRW spricht sich daher dafür aus, dass zum Ende der nächsten Landtagswahlperiode mindestens in jeder Gemeinde bzw. jedem Stadtbezirk eine Ganztagsgrundschule besteht. Für die baulichen Maßnahmen sind die Schulträger mindestens im Umfang der derzeitigen Ganztagsoffensive zu unterstützen.“

### *7. Schulangebote im ländlichen Raum*

Der demographische Wandel stellt vor allem die Schulstrukturen im ländlichen Raum vor enorme Herausforderungen. Damit kleine und mittlere Gemeinden auch in Zukunft für Familien durch ein breites Schulangebot attraktiv bleiben, muss der Fortbestand der Einrichtungen gewährleistet werden. Um den geringeren Schülerzahlen gerecht zu werden, fordern wir, dass von der Möglichkeit im Schulgesetz gebrauch gemacht wird, weitere Verbundschulen einzurichten. Nur so können Schulen flexibel auf veränderte Schülerstrukturen reagieren und ein ausreichendes Bildungsangebot auch im ländlichen Raum bieten.

### *8. Gute Bildung braucht gute Lehrer*

Grundlage guter Bildung ist qualitativ hochwertiger Unterricht. Dabei spielt die Versorgung der Schulen mit einem ausreichenden und bestmöglich qualifizierten Lehrkörper eine entscheidende Rolle. Mit der Reduzierung des Unterrichtsausfalls um 40 Prozent durch die Schaffung 5.000 neuer Lehrerstellen bis zum Beginn des nächsten Schuljahres hat die Landesregierung hier bereits einen beachtlichen Erfolg erzielt. Damit die Schulen aber auf Dauer in kleineren Klassen- und Kursgrößen noch stärker individuell fördern und fordern können, sind weitere Anstrengungen nötig.

Sinkende Schülerzahlen im Zuge des demographischen Wandels setzen in Zukunft Ressourcen frei, die für dieses Ziel eingesetzt werden sollten. Diese Chance gilt es konsequent zu nutzen. Die Junge Union NRW unterstützt die von der Landesregierung beschlossenen Eckpunkte für die Reform der Lehrerbildung. Nur eine möglichst praxisnahe Lehrerbildung mit enger Abstimmung von Hochschule, Studienseminar und Ausbildungsschule führt zu einer Steigerung der Qualität. Vor Aufnahme des

Lehramtsstudiums sollte die Eignung zum Lehrerberuf überprüft werden, beispielsweise durch Absolvierung eines mehrwöchigen Praktikums. Das Studium der Fachwissenschaften und die Ausbildung in den Vermittlungstechniken gehören untrennbar zusammen. Die Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte zum Erkennen von Lernschwächen und besonderen Begabungen sowie die Fähigkeiten gezielter Förderung sind durch Aus- und Weiterbildung zu stärken. Für die Teilnahme an solchen Weiterbildungsmaßnahmen sind geeignete Anreize zu schaffen. Landesweit sollten unangekündigte, regelmäßige Lehrerkontrollen durch unabhängige Gremien durchgeführt werden. Aus diesen Kontrollen erhält der Lehrer eine Rückmeldung über seine Qualifikation und die Möglichkeit, sich zu verbessern.

Von Kindern mit Migrationshintergrund werden die deutsche Gesellschaft und damit der Staat oft als ausgrenzend empfunden, da sie dort keine Vorbilder finden mit denen sie sich identifizieren können. Erfahrungen haben gezeigt, dass der Motivationsgrad von Schülern höher ist, wenn der Lehrkörper einen ähnlichen sozialen Hintergrund hat, wie sie selbst.

In Berücksichtigung dieser Erkenntnisse fordert die Junge Union NRW verstärkt Lehrkräfte, die selbst über einen Migrationshintergrund verfügen, einzustellen bzw. Anreize für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums zu schaffen.

### *9. Sozialpädagogen und Schulpsychologen flächendeckend einstellen*

Für sozialpädagogische und schulpsychologische Aufgaben sind die meisten Lehrerinnen und Lehrer nicht hinreichend ausgebildet. Entsprechend finden die Probleme der Schülerinnen und Schüler im Schulalltag oftmals keinen Platz mehr.

Die Junge Union NRW fordert daher die Landesregierung auf, flächendeckend in allen weiterführenden Schulen in NRW Schulpsychologen und Sozialpädagogen zusätzlich zu dem bereits vorhandenen Lehrpersonal einzustellen.

Zahlreiche Modellprojekte haben gezeigt, dass Sozialpädagogen und Schulpsychologen einen wichtigen Dienst für das gesamte schulische Umfeld leisten. Die viel geforderte Vorbeugung, wie Konfliktlösung, Gewaltprävention oder Suchtprophylaxe kann in den Schulen auf diese Art und Weise zum Wohle aller professionalisiert werden.

Die Sorgen und Nöte der Schülerinnen und Schüler werden in Zeiten von hohen schulischen Anforderungen Ernst genommen, zudem tritt der einzelne Schüler wieder mehr

in den Mittelpunkt. Darüber hinaus werden Lehrer auf die Weise von zusätzlichen Aufgaben entlastet und können sich wieder mehr auf ihre eigentliche Aufgabe, die Vermittlung von Wissen, konzentrieren.

#### *10. Transparenz in der Qualitätssicherung - Wettbewerb stärken*

Die Einführung der Lernstandserhebungen, der zentralen Abschlussarbeiten und des Zentralabiturs bildet die Basis für mehr Vergleichbarkeit und Wettbewerb der Schulen untereinander. Auch die interne Evaluation und Schulinspektion ist ein wichtiger Schritt zur besseren Qualitätssicherung im Schulsystem. Die Junge Union NRW wiederholt ihre Forderung, die Ergebnisse der zentralen Prüfungen und die Resultate der Qualitätsprüfung jeder Schule zu veröffentlichen. Hierdurch soll auch eine objektive Vergleichsmöglichkeit der Abiturergebnisse an Gymnasien und Gesamtschulen geschaffen werden. Nur dies ermöglicht den Eltern und Schülern eine echte Vergleichbarkeit, fördert nachhaltig den Wettbewerb zur Qualitätsverbesserung und eröffnet Chancen der Profilbildung. Diagnose und Transparenz allein helfen aber nicht. Vielmehr müssen den Schulen die nötigen Entscheidungskompetenzen übertragen werden, um eigenverantwortlich die Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben umzusetzen. Dazu muss das Konzept Selbständige Schule, das sich seit 2002 in der Erprobung befindet, flächendeckend und verpflichtend eingeführt werden. Es ist zu prüfen, die ersten Erfahrungen aus regionalen Bildungsnetzwerken flächendeckend auf das ganze Land zu übertragen.

#### *11. Kooperation von Wirtschaft und Schulen stärken*

Staatliche und private Initiativen mit dem Ziel, Wirtschaft und Schulen stärker zusammenzubringen, gilt es auch in Zukunft zu fördern. Die Schüler werden so mit den Anforderungen der Berufswelt vertraut gemacht und erlangen praktische Einblicke in das Anforderungsprofil ihres Wunschberufs. Diese Kooperationen sollen auch das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge schulen. Neben anderen Trägern ist auch die Landesregierung für verschiedene Initiativen verantwortlich bzw. mitverantwortlich. Dazu zählen z.B. die Stiftung Partner für Schule oder das dem Ministerium für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angehängte Netzwerk Finanzkompetenz. Um Synergieeffekte der verschiedenen Initiativen nutzen zu können, sind die Verantwortlichen der

Landesregierung aufgefordert, Zuständigkeiten abzugrenzen und gemeinsame Ziele festzulegen. Die Anforderungen der Arbeitswelt gilt es stärker in den Lehrplänen zu beachten. Wir fordern daher, bei der Erstellung der Lehrpläne die potentiellen Ausbildungsbetriebe in Form von Vertretern der Kammern beratend hinzuzuziehen. Zudem fordern wir die Landesregierung auf, im Hauptschulbereich die Schulträgerschaft von Institutionen der Wirtschaft und des Handwerks zu ermöglichen. Zusätzlich zu den bestehenden Inhalten des Faches Sozialwissenschaften im Bereich der Ökonomie fordert die JU-NRW die Entwicklung und Einführung eines allgemeinen Faches „Wirtschaft“, um das Verständnis für die Bedeutung dieses Komplexes für den Alltag aller Bürger zu stärken.

### *12. Doppelter Abiturjahrgang 2013 – Chancen gewährleisten*

Aufgrund der Reduzierung der Schulzeit auf 12 Jahre werden im Jahr 2013 gleich zwei Jahrgänge Abitur machen. Die Zahl der Absolventen mit Hochschulreife in NRW wird sich dadurch von ca. 70.000 auf fast 130.000 erhöhen (vgl. Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 182 – Mai 2007). Diese Steigerung stellt für den Ausbildungsmarkt und die Hochschulen gleichermaßen eine Herausforderung dar. Die Junge Union NRW setzt sich dafür ein, dass die Schulabgänger im Jahr 2013 die gleichen Chancen erhalten wie in den Vorjahren. Insbesondere fordert sie alle Beteiligten auf, frühzeitig für die erforderlichen Kapazitäten zu sorgen.

### *13. Jugendverbände fördern*

Die JU-NRW schätzt die Arbeit der Jugendverbände im Land. Sie nehmen wichtige gesellschaftliche Aufgaben wahr sowohl im Rahmen von nichtformalen und informellen Bildungsprozessen als auch z.B. durch die Integrationswirkung ihrer Basisarbeit. Jugendverbände vertreten in bestimmten Themenfeldern die Interessen der nachwachsenden Generation und tragen so zum demokratischen Meinungsbildungsprozess bei. Die Politik darf den Diskurs mit den Jugendorganisationen im Land nicht abreißen lassen und hat die Aufgabe, verlässliche Förderbedingungen zu stellen, die den Verbänden langfristige Planung und ein sicheres Fortbestehen ermöglicht.



#### *14. Auslandsaufenthalte während der Schulzeit*

Die JU-NRW setzt sich für die Schaffung eines Programms von Auslandsaufenthalten während der Schulzeit ein. Jede Stadt verfügt über Partnerstädte im Ausland. Im Rahmen eines Austauschprogramms soll jedem Schüler die Möglichkeit gegeben werden während seiner Schulzeit an einem solchen Austauschprogramm teilnehmen zu können. So können erste Auslandserfahrungen gesammelt werden und die Jugend dieser Welt kann ein Stückchen weiter zusammen wachsen. Das Programm ist durch öffentliche Mittel und die Unterstützung der heimischen Wirtschaft finanziell zu fördern, um wirklich allen jungen Menschen eine Teilnahme daran ermöglichen zu können.

### **C. Berufsausbildung und Arbeitsmarkt in NRW**

Nordrhein-Westfalen verzeichnet für das Ausbildungsjahr 2006/2007 14,1 Prozent mehr abgeschlossene Ausbildungsverträge als im Jahr zuvor (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW). Diese positive Entwicklung ist auf den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch auf die zahlreichen Initiativen und Projekte, vom Ausbildungskonsens bis zum Sonderprogramm Ausbildung zurückzuführen. Das deutsche duale Berufsbildungssystem stellt eine sinnvolle Kombination zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung dar. Es leistet einen wichtigen Beitrag zum reibungslosen Übergang von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit in Deutschland. „Made in Germany“ als weltweites Qualitätsmerkmal beruht neben der Innovationsfähigkeit vor allem auf der gut ausgebildeten Facharbeiterschaft unserer Nation. Derzeit verlässt aber auch etwa ein Siebtel der Jugendlichen bundesweit das Schul- und Ausbildungssystem ohne qualifizierenden Abschluss, und laut DIHK wird bereits in diesem Ausbildungsjahr (2008/2009) in absoluten Zahlen ein Auszubildendenmangel zu verzeichnen sein. Es ist deshalb wichtig, durch eine massive bildungspolitische Anstrengung dafür zu sorgen, dass jeder Schulabgänger einen qualifizierenden Abschluss erwirbt, der ihn dazu befähigt, oberhalb prekärer und niedrig entlohnter Beschäftigung in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Die wachsende Lücke zwischen den Ausbildungsplätzen und Bewerbern gilt es zum Anlass zu nehmen, um die Berufsausbildung zu modernisieren und zu differenzieren. Der Standort Deutschland ist sonst zukünftig wirtschaftlich wie sozial existentiell bedroht. Der

tiefgreifende Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft fordert neue Berufsbilder, die zügig von den Ausbildungsträgern umzusetzen sind.

### *1. Ausbildung nach Bildungsniveaus differenzieren*

In der jüngeren Vergangenheit hat sich die Vorbildungsspanne der potentiellen Auszubildenden stark erweitert. Während früher mit dem Hauptschulabschluss oder der mittleren Reife eine Berufsausbildung und mit dem Abitur ein Studium angestrebt wurde, kommen heute die verschiedenen Abschlüsse auf dem Ausbildungsmarkt zusammen. Dies verwehrt häufig Bewerbern mit niedrigen Abschlüssen von vornherein den Zugang zu einigen Ausbildungsberufen, der ihnen früher mit gleichem Abschluss offen stand. Ist dies nicht der Fall, bestehen in den Berufsschulen erhebliche Unterschiede in der Vorbildung, die die Starken durch Unter- und die Schwachen durch Überforderung frustrieren. Deshalb muss die Berufsausbildung stärker differenziert werden. Die Junge Union NRW fordert die Landesregierung auf, die Einführung der praxisorientierten zweijährigen Berufsausbildungen, mit der Möglichkeit zur Aufstockung um ein weiteres Jahr zum entsprechend höherwertigen Abschluss, weiter voranzutreiben. Die Junge Union NRW fordert weiter, im Rahmen des Lernfeldunterrichts individuell gezielter zu fördern und zu fordern. Diese Zusatzqualifikationen, wie z.B. ein besonderer Fremdsprachennachweis, sind von den Unternehmen, den Berufsschulen, Kammern und freien Trägern weiter zu publizieren, zu fördern und langfristig in den Ausbildungsrahmenplan zu integrieren. Kooperationen mit Hochschulen sind mit dem Ziel, dass bestimmte Qualifikationen, die der Auszubildende während der Berufsausbildung erworben hat, ihm im Falle eines späteren Studiums angerechnet werden, voranzutreiben.

Bereits jetzt bestehen viele Möglichkeiten für Abiturienten Berufsausbildung und Studium zu verbinden. Wir wollen, dass Schüler frühzeitig und zielgerichtet auf anschließende Bildungs- und Berufswege vorbereitet werden.

### *2. Arbeitsmarktintegration fordert beides: Gutes Allgemein- und Fachwissen*

Mit der stetigen Weiterentwicklung der Berufsausbildung in Deutschland ist die Anzahl an unterschiedlichen Ausbildungsberufen ebenso gestiegen. War diese Entwicklung in der

Vergangenheit sicherlich förderlich, um der Wirtschaftsstruktur Deutschlands gerecht zu werden, so erwachsen daraus in einer globalisierten Welt problematische Entwicklungen. Probleme ergeben sich daraus, dass die einzelnen zertifizierten Berufsqualifikationen in Folge der spezialisierten Ausbildungsform nachfolgende Berufswege festschreiben. Hier ergibt sich ein Auftrag für alle weiterführenden Schulen, die Qualifikationen im Bereich der angewandten Allgemeinbildung zu verbessern. Allgemeine Ausbildungsinhalte für dienstleistungsorientierte und technische Berufe haben in Zeiten der Globalisierung eine höheren und langfristigeren Nutzen; sie bilden die Grundlage für lebenslange Weiterbildung.

### *3. Mobilität und Flexibilität fordern und fördern*

Die momentane Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt bietet insbesondere auch für die Altbewerber gute Chancen. Da sie aber nicht alle Branchen und Regionen gleichermaßen erfasst, wird von Bewerbern auch weiterhin ein hohes Maß an Mobilität und Flexibilität verlangt. Die Junge Union NRW regt die Kammern an, mit ihren Mitgliedern neben der staatlichen Berufsausbildungsbeilage, wie dem Meister-BAföG, auch ein Darlehenssystem mit Tilgung nach Abschluss der Ausbildung, ähnlich den Studienkrediten, zu entwickeln. Dies eröffnet allen Bewerbern eine höhere Flexibilität und Mobilität bei ihrer Suche nach einer Ausbildungsstelle. Außerdem muss die Verkehrspolitik in NRW sicherstellen, dass das Netz des Öffentlichen Personenverkehrs die Pendlerströme bedient und somit gewährleistet ist, dass auch Jugendliche aus ländlichen Räumen Zugang zu Ausbildungsplätzen in den Ballungsgebieten haben.

### *4. Nein zur Ausbildungsplatzabgabe – Ja zur dualen Berufsausbildung*

Eine Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Unternehmen sowie die daraus zu finanzierenden Ausbildungszentren lehnen wir ab. Die duale Berufsausbildung ist ein Modell mit Zukunft. Wir müssen an ihrer Qualität festhalten und diese weiterentwickeln, statt mit der Ausbildungsplatzabgabe ausschließlich auf Quantität zu setzen. In den Betrieben erlangen die Auszubildenden nicht nur die berufsspezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern auch unverzichtbare Schlüsselqualifikationen und Tugenden, die

umlagefinanzierte Ausbildungszentren nicht bieten können. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, die Diskussion um die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe zu beenden und den Weg für zielführende Lösungen innerhalb des bewährten Systems frei zu machen.

#### *5. Duale Ausbildung international anerkennen*

Das deutsche duale Ausbildungssystem ist qualitativ sehr hochwertig und nimmt im internationalen Vergleich eine Sonderstellung ein, häufig ist internationalen Unternehmen die Bedeutung von Berufsausbildungszertifikaten unklar. Es existiert aufgrund mangelnder Vergleichbarkeit die Gefahr, dass die deutsche duale Ausbildung nicht angemessen eingestuft wird. Die Junge Union NRW fordert daher eine Anerkennung und Vergleichbarkeit der Berufsausbildungszertifikate auf europäischer Ebene, indem das duale Berufsbildungssystem im Europäischen Qualifikationsrahmen und im Europäischen Kreditpunktesystem berücksichtigt wird. Darüber hinaus sollte jeder Bildungsträger in NRW Abschlusszeugnisse und Zertifikate auf Wunsch des Schülers/Azubis in englischer Sprache zur Verfügung stellen.

#### *6. Auslandsaufenthalte ermöglichen*

Für Studenten ist es mittlerweile selbstverständlich, ein Auslandssemester belegen zu können. Es sollte auch Auszubildenden ermöglicht werden, tatsächlich einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland zu verbringen, z.B. über das Leonardo Programm der Europäischen Union. Das Berufsbildungsgesetz erlaubt bereits jetzt bis zu  $\frac{1}{4}$  der Ausbildung anrechnungsfähig im Ausland zu absolvieren. Allerdings setzt der Schritt ins Ausland einen ausländischen Partner voraus und erfordert von dem Auszubildenden und dem Ausbildungsbetrieb ein aufwendiges Bewerbungs- und Antragsverfahren. Diesen bürokratischen Aufwand gilt es zu minimieren. Die Junge Union NRW fordert des weiteren, den Aufbau einer europäischen Datenbank austauschwilliger Betriebe, in der die Auszubildenden leichter einen Austauschpartner finden können, sowie eine gezielte Verbreitung solcher Angebote unter den Auszubildenden, z.B. über die Berufsschulen.

### *7. Kleine und mittelständische Unternehmen*

Insbesondere die kleinen und mittelständischen (Familien-)Unternehmen bilden vielfach über ihren eigenen Bedarf aus. Sie tragen so mit jedem zusätzlichen Auszubildenden ein großes Stück gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Verantwortung. Die erfolgreiche Vermittlung von Jugendlichen, die nicht im Ausbildungsbetrieb übernommen werden können, muss erhöht werden. Um die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu senken sind weitere Anstrengungen nötig. Diese Unternehmen gilt es zu entlasten, um auch bei weiteren Unternehmen die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit zu erhöhen. Dazu sollte in erster Linie der mit der Ausbildung einhergehende Bürokratieaufwand überprüft und abgebaut werden. Hierzu ist Ostwestfalen-Lippe als Vorbild zu nehmen. So konnte in der Modellregion für Bürokratieabbau bspw. die Prüfung der Ausbildungseignung von Unternehmen durch eine Übertragung der Zuständigkeit auf die IHK beschleunigt werden oder im Rahmen des "Mindener Modells" ein neues, für die Bedürfnisse der Ausbildungsunternehmen flexibles Lehrerarbeitszeitmodell erprobt und etabliert werden. Durch Ausbildungsverbünde sollen Unternehmen in die Lage versetzt werden, sich an der Ausbildung von Nachwuchskräften zu beteiligen, auch wenn sie nicht alle organisatorischen oder personellen und finanziellen Voraussetzungen für einen eigenen Auszubildenden erfüllen. Diese Verbünde gilt es weiterhin von der Politik und den Kammern zu unterstützen. Darüber hinaus sollten alle Ausbildungskosten in der steuerlichen Gewinnermittlung einbezogen werden, um somit einen Steuernachlass zu erreichen.

### *8. Institutionelle Neugestaltung der beruflichen Weiterbildung*

Das wachsende Problem der unzureichenden Qualifizierung einerseits, sowie die Verlängerung des Erwerbslebens andererseits setzen auch voraus, dass der Bereich der Weiterbildung institutionell neu gestaltet wird. Mit den Reformen des Arbeitsmarktes wurden auch im Bereich der beruflichen Weiterbildung grundlegende Neuerungen eingeführt. Einerseits wurden monetäre Anreize zur Teilnahme an geförderten Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung eingeschränkt. Gleichzeitig wird nun mit der Einführung von Bildungsgutscheinen den potentiellen Teilnehmern eine Wahlfreiheit bei der Auswahl der Bildungsanbieter gewährt. Die Junge Union NRW schlägt vor, die

Weiterbildung bzw. die Anstrengungen gering Qualifizierter zum lebenslangen Lernen mit dem Arbeitslosengeld II in Verbindung zu bringen oder zu einer sanktionsbewehrten arbeitsvertraglichen Pflicht zu machen. Wir sehen darin zwei positive Anreizeffekte: Zum einen verringert sich der Anreiz zu freiwilliger längerer Arbeitslosigkeit, zum anderen aber entsteht ein stärkerer Antrieb, in die Beschäftigungsfähigkeit zu investieren. Ein solcher Systemwechsel müsste daher von der öffentlichen Hand übergangsweise begleitet werden. Für die jüngeren Menschen jedoch entstehen daraus Vorteile, die insgesamt überwiegen und heute bereits vollziehbar sind.

### *9. Arbeitsmarktintegration setzt Flexibilität voraus*

Die Globalisierung verschärft den Druck auf die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte. Insbesondere für gering qualifizierte Arbeitnehmer wird die Teilhabe erschwert, wenn Löhne und Arbeitsmarkt nicht flexibel reagieren können. Junge Arbeitnehmer und Arbeitsuchende sind auf einen einfachen Zugang zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten angewiesen. Aufgrund der geringen Erfahrungen und Qualifikationen der Berufsanfänger wirken hohe Lohn- und Lohnnebenkosten sowie zu restriktive Kündigungsvorschriften negativ auf die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen. Wir fordern daher eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten sowie eine flexible Gestaltung mit dem Kündigungsschutz. Eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung kann den jungen Arbeitnehmer vor einer Kündigung bewahren. Wir, als Junge Union NRW, sprechen uns daher auch gegen allgemeine gesetzliche Mindestlöhne aus. Die Regierungsentwürfe des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes lehnen wir wegen mangelnder Rücksichtnahme auf die Tarifautonomie ab. In der Gruppe der 15- bis 25-Jährigen befinden sich jene Arbeitskräfte mit der geringsten Jobqualifikation. Diese Gruppe würde durch eine Mindestlohnpolitik am schwersten getroffen werden. Die verheerenden Wirkungen eines Mindestlohns auf die Beschäftigungschancen von jungen und ungelernten Arbeitern kann man in Frankreich studieren. Dort hat ein großzügiger Mindestlohn dazu geführt, dass heute fast jeder vierte Jugendliche arbeitslos ist und ihnen damit eine wesentliche Chance auf Teilhabe an der Erwerbstätigkeit verwehrt wird.

### *10. Bachelor- und Masterstudiengänge*

Die im Zuge des Bologna-Prozesses etablierten Bachelor- und Masterstudiengänge stehen aus arbeitsmarktökonomischer Sicht vor einer großen Herausforderung. Auch bei diesen Ausbildungsformen stellen sich für den Arbeitsmarkt problematische Entwicklungen ein, wenn bereits frühzeitig leistungsstarke Bachelor-Absolventen von Unternehmen übernommen werden, leistungsschwächere Studenten aber den konsekutiven Master an der Universität anschließen. Kompetentere Absolventen investieren zu früh in spezifisches Humankapital, und können damit gegenüber den eigentlich leistungsschwächeren Absolventen langfristig einen Nachteil erfahren. Ziel muss es bleiben, dass Studenten das volle Bildungsprogramm von konsekutiven bis weiterbildenden Master-Abschlüssen durchlaufen können. Aus arbeitsmarktökonomischer Betrachtung besteht für die Bildungspolitik daher der Auftrag, den universitären Abschluss eines Masters zu fördern, bzw. einer zu frühen, adversen Selektion, entgegenzuwirken. Auch die Unternehmensverbände sind hier aufgefordert, das frühzeitige Abwerben von Bachelor-Studenten einzuschränken und sich stattdessen auf weiterbildende Master-Programme zu konzentrieren.

### *11. Arbeitsmarktintegration fordert lebenslanges Lernen*

Lebenslanges Lernen durch Weiterbildung muss für Personen mit unterschiedlicher Stellung in Beruf und Lebensalter selbstverständlich werden und darf nicht das Privileg gut ausgebildeter Erwerbstätiger sein. Dies muss durch gemeinsame Anstrengungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in Kombination mit gezielter staatlicher Förderung, Realität werden. Die Betriebsräte sollten ihre Stellung im Unternehmen zur Förderung und Weiterentwicklung der innerbetrieblichen Weiterbildung nutzen. Somit leisten sie auch einen wichtigen Beitrag in Anbetracht verlängerter Erwerbsleben.

### *12. Fachkräftemangel*

Allen Ortes wird derzeit ein Mangel an Fachkräften und vor allem an Facharbeitern beklagt. Die JU-NRW fordert daher die Unternehmen auf, durch weitere Steigerung der Ausbildungskapazitäten einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung dieses Problems zu leisten. Die Auszubildenden von heute sind die Facharbeiter von morgen.

## **D. Zuwanderung und Integration in NRW**

Deutschland und die Bundesrepublik haben seit 1945 große Integrationsleistungen vollbracht. So wurden rund 10 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge aus den deutschen Ost- und Siedlungsgebieten aufgenommen. Durch die Gastarbeiteranwerbung wurden bis 1973 (Anwerbestopp) 2,7 Millionen Gastarbeiter aus Südeuropa und anderen Regionen nach Deutschland geholt. Vertriebene und Gastarbeiter trugen maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands bei. Den Gastarbeitern wurde der Familiennachzug ermöglicht, ein zunehmender bürgerlicher Wohlstand in der neuen Heimat wurde spürbar, Familien wurden gegründet und große Teile nahmen (und nehmen) die deutsche Staatsbürgerschaft an. Besonders nach 1987 konnten zudem bis heute über 3 Millionen deutsche Spätaussiedler nach Deutschland kommen und ein neues Leben beginnen.

Auch heute ist Deutschland für Menschen aus Ländern der gesamten Welt interessant - als moderner Studien-, innovativer Arbeits- und hochwertiger Wohnort. Die Zuwanderung von hochqualifizierten Menschen muss insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels forciert werden und bürokratisch vereinfacht werden. Jedoch sank in den vergangenen Jahren - auch bedingt durch den Rückgang des Spätaussiedlerzuzugs und der Asylanträge - die Zahl der Einwanderer auf 662.000 (2006; vergleich 1993 ca. 1,5 Mio.). Gleichzeitig emigrierten jedoch ca. 640.000 Personen, so dass die Zuwanderung derzeit keinen merklichen positiven Einfluss mehr auf die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik ausübt.

### *1. Integration als Voraussetzung - Integration als Chance*

Trotz der derzeitigen stetigen Abnahme von Zuwanderung haben viele Menschen in unserem Land eine gegenteilige Wahrnehmung. Auch fühlen sich nicht alle hier lebenden Migranten heimisch. Einer der Gründe hierfür ist, dass sich bereits heute in einigen Städten „Parallelgesellschaften“ entwickelt haben, die in nahezu völliger sprachlicher, wirtschaftlicher und sozialer Isolation existieren. Sie sind Ausdruck einer verfehlten Integrationspolitik. Integrationspolitik wurde von Rot-Grün unter der Überschrift „Multi-Kulti“ betrieben, aber die parallele Existenz von mehreren Gesellschaften in einem Land ist



in höchstem Maße desintegrativ. Die dort wohnhaften Menschen haben wenige Notwendigkeiten und Anreize zur Begegnung mit der deutschen Sprache und Kultur; sie werden von der Entwicklung abgehängt. Als Junge Union NRW lehnen wir dies entschieden ab. Schlüssel zu einer gelungenen Integration ist das sichere Beherrschen der deutschen Sprache, mit ihr eröffnen sich Perspektiven. Integration ist aber darüber hinaus noch viel mehr als das Erlernen der deutschen Sprache. Die Identifikation mit Deutschland, seiner Geschichte im Herzen Europas sowie seiner Kultur und Werte sind der Schlüssel für ein gemeinsames Miteinander. Aber auch ein Bewusstsein für Konsequenzen bei fehlender Integrationsbereitschaft muss wachsen. Wir wollen gemeinsam mit allen Bürgern die Gesellschaft zusammenwachsen lassen.

Wir müssen als Gesellschaft aber auch offener werden und integrativ sein. Voraussetzung hierfür ist ein intensiver Dialog, basierend auf wechselseitigem Respekt vor religiösen Überzeugungen und kulturellen Traditionen, allerdings unter der klaren Bedingung, dass dies basierend auf den in Deutschland geltenden Gesetzen und gesellschaftlichen Normen geschieht. Integration funktioniert nicht als Einbahnstraße: Menschen mit Migrationshintergrund müssen sich Integrationsbemühungen öffnen, diese nutzen und unterstützen. Die Verweigerung muss entsprechend auch sanktioniert werden. Im Gegenzug ist es an unserer Gesellschaft insgesamt, die Anforderungen an integrationswillige Migranten zu definieren und ihnen eine Teilhabe ohne Abstriche als vollwertige Mitglieder anzubieten. In diesem Prozess sollte die CDU eine Vorreiterrolle übernehmen.

## *2. Migration und Demographie*

Die deutsche Bevölkerung altert und schrumpft. Demgegenüber steht ein steigender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, bedingt durch Zuzüge und Nachzüge, aber auch getragen von einem anderen Familienbild und einer signifikant höheren Geburtenrate. Die höhere Geburtenrate führt, in Wechselwirkung mit der demographischen Entwicklung der deutschstämmigen Bevölkerung dazu, dass der Anteil der Migranten in unserem Heimatland steigt und auch zukünftig steigen wird. Daher ist eine konstruktive, konsequente und ehrliche Integrationspolitik für das Miteinander in der Bundesrepublik und insbesondere in NRW absolut notwendig.

### *3. Arbeitsmarktintegration von Ausländern*

Ausländer in Deutschland weisen in der Regel höhere Arbeitslosenquoten, weniger beruflichen Erfolg und niedrigere Löhne auf und sind gemessen an den Erwerbsquoten häufig in geringerem Maße in die Arbeitsmärkte integriert. Hauptsächlich aufgrund fehlender Sprachkenntnisse verfügen viele Ausländer und Spätaussiedler in Deutschland über ein vergleichsweise niedriges Bildungsniveau. Während die höher qualifizierten Ausländer und Spätaussiedler auf dem deutschen Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft generell gut integriert sind, ist die geringe Schulbildung, besonders bei den Ausländern und Spätaussiedlern der zweiten und dritten Generation, ein erhebliches Hindernis für die Partizipation am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft.

Um den Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern, muss diesen Zielgruppen auch die Möglichkeit einer qualitativ einfachen Beschäftigung offen stehen. Die damit verbundenen individuellen wirtschaftlichen Risiken zu Beginn der Beschäftigung können durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik leichter überwunden werden, insbesondere durch Arbeitsanreize und gezielte Trainingsprogramme. Die Junge Union NRW fordert daher besonders in bekannten Brennpunkten die Familienzentren zu fördern und somit den betroffenen Kindern und Jugendlichen frühestmöglich den Zugang zu Bildung, sowie der deutschen Sprache zu erleichtern und zu fördern. Die fortgeschrittenen Jahrgängen sollten durch gezielte Trainingsprogramme gefördert und gefordert werden, um ihnen so einen Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Junge Union Nordrhein-Westfalen  
Wasserstr. 5  
40213 Düsseldorf

Tel: 0211-13 600 47-50  
Fax: 0211-13 600 52

[www.ju-nrw.de](http://www.ju-nrw.de)  
[info@ju-nrw.de](mailto:info@ju-nrw.de)

